

CDU/0022/2023

Parteienantrag CDU

Az:

Datum:

28.06.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Landwirtschaft und Verkehr		Vorberatung	
Haupt- und Finanzausschuss		Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung	

Haushaltsantrag 2024: Prüfung zur Gründung einer städtischen GmbH**Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat wird beauftragt eine Prüfung zur Gründung einer städtischen GmbH durchzuführen. Wie in den Workshops zur Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen, sollen zunächst Aufgaben des Gebäudemanagements als mögliche Aufgaben der Gesellschaft vorgesehen werden. Außerdem soll geprüft werden, ob eine solche Gesellschaft sich im Bereich des Wohnungsbaus und der Wohnungsvermietung engagieren kann. Auch weitere Aufgaben sollten im Rahmen der Prüfung betrachtet werden, ob sich diese in einer anderen Organisationsform besser gestalten lassen. Grundlage jeglicher Prüfung ist, dass die Mitarbeitenden ihren Arbeitsvertrag bei der Stadtverwaltung behalten. Mittel für eine externe Unterstützung dieser Prüfung sind im Haushalt 2024 einzuplanen.

Begründung:

Seit der Auflösung des Eigenbetriebs der Stadtwerke werden alle Aufgaben innerhalb der Stadtverwaltung wahrgenommen. Im Rahmen der Workshops zur Haushaltskonsolidierung kamen erneut Überlegungen auf, ob die Organisation von Aufgaben in einer anderen Organisationsform wirtschaftlicher sei. Es sei klar gesagt, dass es uns hier nicht um Einsparungen beim Personal geht! Das Personal muss Bestandsschutz haben. Neben den Aufgaben des Gebäudemanagements sehen wir die Aufgabe der Schaffung und Betreuung von Wohnraum, den der private Markt nicht in der Form zur Verfügung stellt, wie wir ihn benötigen, als eine die auch außerhalb der Stadtverwaltung wahrgenommen werden könnte. Im Rahmen der Prüfung soll der Magistrat die Möglichkeit haben auch weitere Aufgaben in die Prüfung mit aufzunehmen.

Ziele:

1. Durch die Prüfung von privatrechtlichen Organisationsformen soll aufgezeigt werden, ob hieraus Vorteile für die Aufgabenerbringung bestehen.
2. Durch die Prüfung einer Wohnungsbaugesellschaft soll aufgezeigt werden, ob dies eine Möglichkeit ist den Bedarf an Sozialwohnungen in Groß-Umstadt zu decken.